



Bericht 2022

Beauftragte des Bezirks Mittelfranken für die
Belange von Menschen mit Behinderung

Lydia Bauer-Hechler

Im Auftrag für die Belange von Menschen mit Behinderung

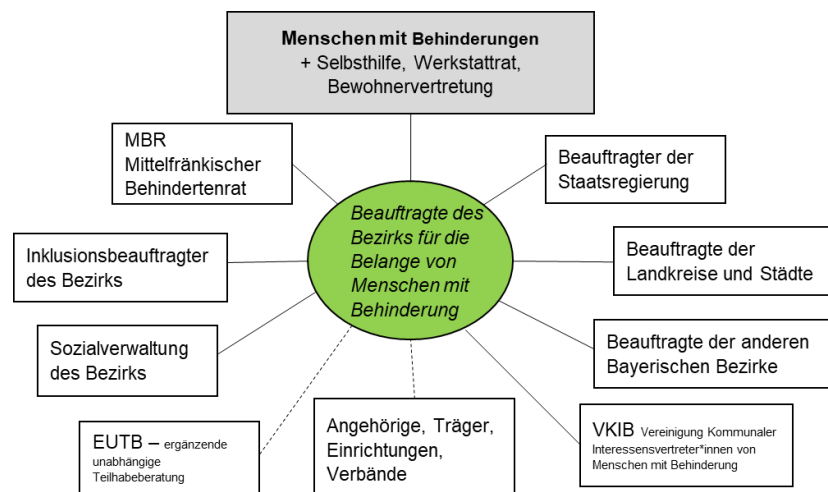
In meiner Funktion als Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung bin ich vor allem für Einzelanfragen und Problemanzeigen im Verantwortungsbereich des Bezirks Mittelfranken zuständig, um Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Zusätzlich ist es mir ein Anliegen gemeinsam mit dem mittelfränkischen Behindertenrat und mit der Stabstelle Inklusion des Bezirks die Bedingungen für Inklusion zu verbessern. Mit der Veröffentlichung meiner Aufgaben und Kontaktdaten auf der Homepage des Bezirks und den monatlichen Sprechstunden in Fürth erhöhte sich die Zahl telefonisch Ratsuchender deutlich. Manche suchten überhaupt eine zuständige Stelle – hier kann oft besser eine Unabhängige Teilhabe-Beratung-Stelle (EUTB) helfen – oder sie fragten nach einer Ansprechperson in der Bezirksverwaltung. Andere benötigten konkrete Unterstützung. Meine Funktion besteht häufig darin, eine vermittelnde Brücke zur Sozialverwaltung zu schlagen. Der Zeitaufwand reicht im Einzelfall von kurzen Telefonaten bis zu häufigeren zeitintensiven Telefongesprächen über einen längeren Zeitraum.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Verwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Darüber hinaus ist die Netzwerk-Pflege eine meiner Aufgaben als Beauftragte.

In diesem Sinne versuche ich, möglichst viele Kontaktmöglichkeiten in ganz Mittelfranken wahrzunehmen. Einladungen von Leistungsanbietern zu Informationsveranstaltungen, Gesprächen und Empfängen bieten in der Regel gute Anknüpfungspunkte, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich bin froh, dass das seit Mai 2022 wieder relativ unkompliziert möglich ist. Die vielen Kontakte empfinde ich als sehr wertvoll, um gemeinsam mit Menschen mit Behinderung für gute Inklusion und Teilhabe in Mittelfranken zu arbeiten. Hier finden Sie einen schematischen Überblick der wichtigsten Netzwerkpartner, mit denen ich in meinem Amt als Beauftragte aktiv bin:



Das Jahr 2022

Wer erwartete, dass das Jahr 2022 die Corona-Pandemie hinter sich lässt und wieder ein ganz „normales“ Jahr würde, irrte leider gewaltig. Seit dem 24. Februar beunruhigt uns zunehmend der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der Ukraine. Wir sind uns alle der Herausforderungen bewusst, die uns das vergangene Jahr und die Auswirkungen des Kriegs politisch, wirtschaftlich, klimatisch und auch menschlich abverlangt haben und nach wie vor abverlangen.

Doch wie erging es in dieser Zeit unseren Mitmenschen, die täglich mit einer Behinderung, Suchtproblemen oder einer psychischen Erkrankung leben? Wieder einmal fehlt es an der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen und auch im Alltag nehmen wir sie oft nur am Rande wahr. Gerade Menschen in schwierigen Lebenssituationen sind aber oft noch unmittelbarer von Preissteigerungen, Energiekrise, Umweltkatastrophen, Krieg und Pandemie betroffen und abhängig davon, dass ihre Belange rechtzeitig Beachtung finden.

Als Behörde und überörtlicher Sozialhilfeträger ist der Bezirk für die Versorgungsstrukturen in Mittelfranken zuständig. Unter erschwerten Bedingungen keine leichte Aufgabe. Ein Highlight unbürokratischer Hilfe: Mit einem beispiellosen Einsatz hat sich der Bezirk im Frühjahr sehr spontan um die Aufnahme und Versorgung einer großen Gruppe gehörloser geflüchteter Ukrainer gekümmert. Allen voran koordinierten das Berufsbildungswerk Bezirk Mittelfranken Hören - Sprache - Lernen (BBW H-S-L) und der Sozialdienst für Gehörlose ein Helferteam und Gebärdensprach-Dolmetscher*innen. Der Bezirk steht den Menschen in der ohnehin schwierigen Zeit zur Seite und fördert nun die Betreuung durch Fachkräfte.

Die abklingende Pandemie, Erleichterungen bei Maskenpflicht und bei Kontaktbeschränkungen vereinfachen zwar den Alltag vieler Menschen mit Behinderung, doch nach wie vor gibt es keine Entwarnung. Gegen Jahresende stellten Krankheitswellen mit Grippe, dem SR-Virus u.a. das Gesundheitssystem noch einmal auf eine harte Probe. Die nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen der Pandemie, die sprichwörtliche Berührungsangst, der Rückzug in die eigenen vier Wände oder berufliche Umorientierungen, rütteln an oft langjährigen und strukturierten Tagesabläufen und müssen, manchmal langwierig und umständlich, neu erarbeitet werden. Gerade für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf ist es daher unerlässlich, ihre jeweilige Situation richtig einzuschätzen und ihre Belange ernst zu nehmen.

Meine Aktivitäten und meine Anliegen als Beauftragte

Direkte Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen

- Enger Austausch mit dem Inklusionsbeauftragten und dem Sozialreferat
- Mitarbeit und Beratung als ständiger Gast im Plenum, in Vorstands- und AG-Sitzungen des Mittelfränkischen Behindertenrats
- Netzwerktreffen der Bezirks-Beauftragten, Zusammenarbeit mit kommunalen Vertretungen von Menschen mit Behinderung und mit dem Beauftragten der Staatsregierung
- Besuche in psychosozialen Arbeitskreisen und im Netzwerk Autismus Mittelfranken
- Teilnahme an der online-Vollversammlung der Mittelfränkischen Werkstatträtkinnen und Werkstatträte
- Besuche bei verschiedenen Einrichtungen und Selbsthilfegruppen, teilweise bei Einladungen zu Jubiläen (u.a. 50 Jahre Suchthilfezentrum Stadtmission, 50 Jahre LAG Selbsthilfe, 30 Jahre Pandora) oder Eröffnung neuer Angebote (Tagesstätte der AWO Gunzenhausen, Förderstätte für Menschen im Autismus-Spektrum im Haus Weiher). Diese Veranstaltungen boten gute Gelegenheiten zum Kennenlernen und Austausch über Problemsituationen
- Teilnahme an Fortbildungen und Tagungen zu Themenbereichen wie Inklusion und Arbeit, Schulbegleitung, Drogenkonsumräume, Psychische Gesundheit, Demenz und Pflege oder Autismus

Aktive Mitarbeit in diversen Gremien des Bezirks

- Mitglied im Sozialausschuss
- Vorbereitung und Durchführung der Fachtage BTHG
- Mitglied der Jury zur Verleihung des Inklusionspreis
- Arbeitsgruppe Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms des Bezirksjugendrings
- Beratendes Mitglied im Planungs- und Koordinierungsausschuss
- Teilnahme an weiteren Ausschuss-Sitzungen des Bezirkstags, in denen Belange von Menschen mit Behinderung behandelt wurden, wie Bildungsausschuss, Wirtschaftsausschuss wegen der barrierefreien Investitionsprojekte im Seenland, Projektausschuss ZfH (Zentrum für Hörgeschädigte in Nürnberg).
- Mitarbeit in thematischen Arbeitsgruppen wie dem runden Tisch Sucht, Sozialberichterstattung, AG Sportförderung, AG Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen nach stationärem Aufenthalt in der Akutpsychiatrie

Belange von Menschen mit Behinderung

Mit der folgenden Liste möchte ich der Leserin, dem Leser einen Eindruck vermitteln, mit welchen Thematiken sich Menschen mit Behinderung direkt an mich wenden.

- Bitten um Unterstützung bei Anträgen wegen der Bearbeitungsdauer oder auch bei Ablehnung
- Zielvereinbarungen beim Persönlichen Budget: Wünsche nach mehr praktischer Unterstützung, gerne auch durch Laien
- Mangel an Assistenz- und Pflegediensten, sowohl im Ballungsraum, als auch in kleinen Orten im ländlichen Raum („da fährt keiner hin“)
- Sehr schwierige Situation bei multiplen Diagnosen (z.B. somatischen Krankheiten oder Autismus mit diagnostizierter psychischer Erkrankung)
- Die Inklusion von Kindern mit Behinderung geflüchteter Familien konnte aufgrund des befristeten Aufenthaltsstatus nicht in vollem Umfang unterstützt werden
- Informationen zu Elternassistenz und begleiteter Elternschaft
- Gespräche mit Dienstleistern zum Thema Energie- und Lebenshaltungskosten sowie Fachkräftemangel
- Trägerwechsel Dolmetschervermittlung: Gespräche mit Vertreter*innen des Verbands und örtlicher Vereine Gehörloser
- Unterstützte Kommunikation: Notwendigkeit von unabhängigen Beratungsstellen
- Auslandsstudium mit Assistenz: Auslandssemester wird gefördert, leider aber kein volles Studium.

Schlaglichter auf Ereignisse des Jahres

Der Fachtag BTHG „Inklusion im Arbeitsleben“

Der erste Fachtag zum Bundes-Teilhabe-Gesetz (BTHG) fand 2017 bereits vor der Einführung des Gesetzes statt. Seitdem lädt der Bezirk jährlich zum „Fachtag BTHG“ ein. Der Gesprächsbedarf ist immer noch groß, sodass der Fachtag zu einer festen Größe für Menschen mit Behinderung geworden ist. Aufgeteilt in zwei Veranstaltungen an verschiedenen Orten in Mittelfranken richtet er sich insbesondere an Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe benötigen. Viele der Teilnehmer*innen leben in betreuten Wohnformen oder arbeiten in Werkstätten für behinderte Menschen. Die Teilnehmer*innen werden in einfacher Sprache über gesetzliche Veränderungen und ihre Rechte informiert und zu mehr Selbstbestimmung und aktiver Teilhabe ermuntert. Federführend organisiert werden die Fachtage vom Mittelfränkischen Behindertenrat, dem Inklusionsbeauftragten und mir als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung.

2022 stand das Thema Arbeit im Vordergrund. Seit 2018 gibt es das **Budget für Arbeit**, welches behinderten Menschen mit einer vollen Erwerbsminderung eine Alternative zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen bietet. Sie können somit mit entsprechender Unterstützung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Der Arbeitgeber erhält einen Zuschuss von bis zu 75% zu den Lohnkosten und die Kosten für Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz werden auch bezahlt. Bisher gab es nur wenige Anträge, da das Budget für Arbeit noch zu unbekannt ist. Deshalb wollten wir mit der Veranstaltung informieren, wie Interessierte einen Arbeitsplatz mit dem Budget für Arbeit bekommen können. Es muss von vielen Stellen unterstützt werden. Zunächst muss ein Arbeitgeber für die antragstellende Person gefunden werden. Doch bevor das Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden kann, muss ein Antrag beim Bezirk gestellt werden. Der Bezirk prüft den Anspruch auf das Budget für Arbeit und gibt den Antrag an das Inklusionsamt weiter. Das Inklusionsamt beauftragt den Inklusionsfachdienst (IFD) einen Bericht für den Bezirk zu erstellen. Erst dann kann der Bezirk eine Entscheidung treffen, vorausgesetzt, es liegen alle nötigen Unterlagen vor. Damit von Seiten des Bezirkes alles möglichst reibungslos läuft, erfährt man mit dem Antragsformular auf der Homepage gleich, welche Unterlagen benötigt werden. Einen kleinen Erfolg kann der Fachtag bereits verbuchen. Die Zahl der Anträge steigt inzwischen, ein Zeichen, dass die Beispiele für inklusive Arbeitsplätze Schule machen.

Die Energieknappheit trifft alle - auch Menschen mit Behinderung

Die aktuelle Situation bereitet große Sorge. Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, stellen nun auch die Begleiterscheinungen des Kriegs in der Ukraine die Menschen in ihrem persönlichen Lebensumfeld und Alltag auf eine harte Probe.

Stichworte wie Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten bis hin zu Einsparung bei Strom und Wärme im eigenen Zuhause sind uns allen allzu bekannt.

Was aber, wenn das Geld schon bisher kaum ausreichte und alle Sparmöglichkeiten ausgereizt sind? Was ist mit den Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht erwerbsfähig sind und von Grundsicherung leben, was mit krankheitsanfälligen vulnerablen Personen, für die weniger heizen keine Option ist? Im Rahmen der Grundsicherung wurde signalisiert, dass die Heizkosten über die marktübliche Höhe hinaus übernommen werden können, doch dies erfordert schnelles und beherztes Handeln, da Rechnungen bezahlt werden müssen.

Viele Menschen mit Behinderung sind auf Dienstleistungen angewiesen, auf Assistenz und Pflege in ihrem Alltag, Angebote für die Tagesstruktur. Die Anbieter von Dienstleistungen und Träger von sozialen Einrichtungen kämpfen auch mit den enormen Energiekosten. Heizkosten in „besonderen Wohnformen“, Stromversorgung für Werkstätten, Transporte und Fahrdienste müssen finanziert werden. Die Träger stehen in der Verantwortung für die unterstützten leistungsberechtigten Personen.

Hier ist Entlastung in Sicht: Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege zählt für die Energieversorgung explizit auch grundlegende soziale Einrichtungen zu den „geschützten Kunden“ und der Bezirk hat den Trägern angesichts der Kostensteigerung Entgegenkommen bei den Entgeltverhandlungen zugesagt.

Akuter Personalmangel in sozialen Arbeitsfeldern

Fachkräftemangel sorgt derzeit unentwegt für Schlagzeilen. Die demographische Bevölkerungsentwicklung erweist sich als riesiges gesamtgesellschaftliches Problem. Wir sehen uns als „alternde Gesellschaft“ mit einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften konfrontiert. Von den sozialen und pflegenden Berufen hört man alarmierende Signale.

Einrichtungen der Behindertenhilfe und stationäre Pflegeheime müssen ebenso wie ambulante Assistenz- und Pflegedienste, Kliniken, Heilpädagogische Tagesstätten usw. Menschen wegen Personalmangels abweisen oder sogar Gruppen schließen. Menschen mit Behinderung bleiben unversorgt und müssen von ihren Familien aufgefangen werden. Oft hat dies zur Folge, dass Angehörige, in den meisten Fällen Frauen, die familiäre Care-Arbeit übernehmen und dafür ihre Berufstätigkeit reduzieren oder aufgeben müssen.

Zusätzlich brachte der hohe Krankenstand im Personal aufgrund der Pandemie und der Häufung anderer Infektionskrankheiten langfristige Belastungs-Situationen mit sich. Viele engagierte Kräfte arbeiten hart am Limit und sind selbst nicht mehr in der Lage auszugleichen. Aus der Not heraus überbrücken Träger Personalausfälle mit teuren Zeitarbeitsfirmen oder versuchen Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Dennoch kommt es zu weiterer Personalfuktuation, selbst in den Leitungsebenen, wenn sich die fachlichen Ansprüche unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr umsetzen lassen. Dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen.

Der Bezirk Mittelfranken hat in seinem Zuständigkeitsbereich eine Versorgungsverpflichtung, aber keine direkte Handlungsmöglichkeit. Auf Landesebene sind die Bezirke ebenso wie die Freie Wohlfahrtspflege mit dem Sozial- und dem Gesundheitsministerium im Austausch. Kurzfristige Lösungen sind nicht zu erwarten.

Auch im Sozialausschuss im November sahen die Sachverständigen das Problem vielschichtig. Attraktivität der Arbeitsbedingungen (Entlastung durch Spielräume in der Arbeitsplatzgestaltung, familienfreundliche Arbeitszeiten, passende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten) würde beitragen, Personal zu halten.

Allein können das die wenigsten Träger stemmen, denn es bleibt das Thema Personalgewinnung. Es braucht Unterstützung aus der Bundes- und Landespolitik z.B. im Bereich Aus- und Weiterbildung von Fach- und Hilfskräften, Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden und – lassen Sie mich das ergänzen – wir brauchen auch mehr Unterstützung für geflüchtete Menschen, die sich gerne im z.B. in der Pflege engagieren, damit diese eine Ausbildung machen können und eine Bleibeperspektive bekommen.

Auch wenn die Zeiten schwierig sind: Lassen Sie uns weiter gemeinsam für Inklusion und gegen Benachteiligung eintreten und die Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache unterstützen.

Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen allen für Ihr Vertrauen, für die Zusammenarbeit und den Austausch.
